

Populismus

Etymologie und historische Beispiele

Der Begriff Populismus stammt von *populus*, das lateinische Wort für Volk: Das arbiträr als homogen gesetzte „Volk“ soll gegen „die Elite/n“ vereint werden und seine Interessen gegen diese durchsetzen. Viele politische Bewegungen wurden und werden als populistisch bezeichnet. Die Beispiele reichen zurück bis in das 19. Jahrhundert, z.B. die US-Farmer-Bewegung, die sich ab 1829 als *Farmer's Alliance* bezeichnete und später zur *People's Party* wurde und auch als *Populist Party* bekannt war. Zeitweise war diese Partei die drittgrößte in den USA. Hier kämpften Bauern, die sich in Genossenschaften zusammenschlossen, gegen Großkonzerne, Banken und die ferne Hauptstadt. Eine andere massenwirksame Bewegung bildeten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die russischen *narodniki* oder Volkstümler/Volksfreunde. Junge gebildete Städter zogen aufs Land und versuchten die dörfliche Bevölkerung sowohl gegen den Kapitalismus als auch gegen das zaristische System aufzubringen: 1874 kam es zu einem spontanen Aufstand, der schnell niedergeschlagen wurde. Andere Beispiele aus den USA sind die *Greenback Party* (*greenbacks* sind die Banknoten), die den Landwirten, die während der Panik von 1873 finanziell geschädigt wurden, mit Krediten helfen wollte, sowie die *Progressive Party*, die 1912 als Abspaltung von der Republikanischen Partei von dem früheren US-Präsidenten Theodore Roosevelt ins Leben gerufen wurde. Eine gleichnamige Partei wurde 1924 von Robert M. La Follette gegründet, um seine Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl zu unterstützen. 1934 etablierte Huey Long als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise die *Share Our Wealth*-Bewegung: die große Ungleichheit der Vermögen und Einkommen sollte wegbesteuert werden, so könnte – so wurde argumentiert – eine neuerliche Finanzkrise vermieden werden.

In der US-Literatur werden „charismatische“ Führer in Lateinamerika in vielen Fällen als Linkspopulisten bezeichnet, wie Juan Domingo Perón in Argentinien, Hugo Chávez in Venezuela (man spricht auch von *chavismo*), Evo Morales in Bolivien (er unterschied zwischen „dem Volk“, *el pueblo*, und „der Elite“, *la oligarquía*) oder der „Neo-Populist“ Alberto Fujimori in Peru (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017). Im Allgemeinen werden linkspopulistische Parteien definiert als „die Stärkung des demokratischen Populismus und die Durchsetzung einer populären Politik, die eine radikal egalitäre Ermächtigung fördert“ (Katsembekis/Kioupkiolis 2019, 4). Zudem wird „das Volk“ als ein offenes, inklusives und pluralistisches Subjekt definiert, das einer unzugänglichen und repressiven Elite gegenübersteht. Dies „kann eine Kraft der demokratischen Inklusion und Partizipation verkörpern, die die Demokratie wirksam stärkt“ (ebd., 9). Transnationalität und Internationalismus sind ebenfalls wichtige Merkmale des Linkspopulismus. Ein Beispiel dafür ist DIEM25 (Demokratie in Europa-Bewegung), die von dem kroatischen Philosophen Srećko Horvat und dem ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis mitbegründet wurde. DIEM25 konstruiert „das Volk“ als inklusiv, demokratisch und transnational – auch in Anlehnung an den französischen marxistischen Philosophen Étienne Balibar –, das sich den transnationalen Eliten, der EU-Bürokratie und den internationalen Märkten entgegensetzt und sie herausfordern sollte.

Europäische Bewegungen nach 1945 firmieren meist unter dem Namen „Rechtspopulismus“. Bekannte Beispiele sind die *Freiheitliche Partei Österreichs* (ab 1986, als Jörg Haider putschartig die Partei übernahm), die *Front National* in Frankreich unter Jean-Marie Le Pen seit 1972 (jetzt *Rassemblement*

National unter Marine Le Pen), die *Freiheitspartei* (*Partij voor de Vrijheid*, PVV) in den Niederlanden unter Geert Wilders oder die *Schweizerische Volkspartei* (bekannt war vor allem Christoph Blocher), die *Lega* (früher *Lega Nord*) unter Matteo Salvini, der 2018 bis 2019 Innenminister in Italien war, der *Ungarische Bürgerbund* (Fidesz) unter Viktor Orbán (von 1998 bis 2002 und seit 2010 wieder Ministerpräsident von Ungarn) oder die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) unter Jarosław Kaczyński, die seit 2015 in Polen alleine regiert. Als endgültiger Durchbruch des Rechtspopulismus auf internationaler Ebene gilt das Jahr 2016: am 23.6. die Abstimmung in Großbritannien zum Austritt aus der Europäischen Gemeinschaft (*Brexit*) und am 8.11. die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA.

Begriffsbestimmungen

Bis heute gibt es keinen Konsens darüber, ob Rechtspopulismus als Ideologie (dünn oder dick), Philosophie, als spezifisches Medienphänomen oder als Organisations- oder sogar als Herrschaftsmethode anzusehen ist, wie die Strategien der Faschisten der Zwischenkriegszeit in den 1930er- und 1940er-Jahren (vgl. dazu ausführlich Wodak 2018). Dennoch unterscheiden sich grundlegende Konzepte des Populismus als politisches Phänomen nicht nur in der Definition, sondern auch in der Bewertung (z.B. Biskamp 2019). So definiert der argentinische Theoretiker Ernesto Laclau (2005) den Populismus als das „Wesen der Politik“ und als emanzipatorische Kraft: „Populismus wird zum Synonym für Politik“. Der *Popular Agency*-Ansatz, also die Betrachtung als „populäre Handlungsmacht“, sieht Populismus als positive Kraft zur Mobilisierung des Volkes, während der sozioökonomische Ansatz ihn als „unverantwortliche Ökonomie“ betrachtet (Burgoon et al. 2019). Andere relevante politikwissenschaftliche Ansätze konzentrieren sich vor allem auf die ideologischen, strategischen und darstellenden Aspekte und betonen zugleich seine insgesamt diskriminierende Politik (vgl. die umfassende Internet-Plattform *Center for the Analysis of the Radical Right*, CARR).

Die anfangs angeführten politischen Strömungen unterscheiden sich in vielen Details. Diesen Differenzen zum Trotz wurde in den Wissenschaften versucht, ein allgemeines Konzept von Populismus zu entwickeln (vgl. die Überblicke bei Rydgren 2017 und Wodak 2021). Mudde und Kaltwasser schlagen – in Kritik vieler langer Kataloge – vor, den Ausdruck Populismus auf einen ideologischen Kern zu beschränken: „als eine Ideologie, welche die Gesellschaft als letztlich (oder prinzipiell) aufgeteilt in zwei homogene und antagonistische Gruppen denkt: in ‚das reine Volk‘ versus ‚die korrupte Elite‘, und die argumentiert, dass Politik ein Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes (*volonté général*) sein sollte“ (Mudde/Kaltwasser 2017, 6, eig. Übers.). Für Jan-Werner Müller (2016, 3) ist diese Definition zu eng. Populismus bedeutet in seinem Verständnis auch einen antipluralistischen Standpunkt: d.h. die Ansicht, dass „das Volk“ nur und ausschließlich von der eigenen Bewegung repräsentiert werden könne. Wodak (2018) schlägt folgende zentrale Charakteristika zur Definition von Rechtspopulismus vor:

- *Nationalismus, nativistischer Nationalismus oder Anti-Pluralismus*: Rechtspopulistische Parteien identifizieren ein scheinbar homogenes Ethnos, ein *Populum*, das willkürlich oft in nativistischen („blutsverwandten“) Begriffen definiert wird. Solche Parteien betonen die Heimat, die Schutz vor gefährlichen „Eindringlingen“ braucht. Bedrohungsszenarien werden konstruiert, in denen das Heimatland oder das „Wir“ durch „Andere“ bedroht wird: Fremde innerhalb der Gesellschaft

und/oder von außerhalb, seien es Migranten, Flüchtlinge, Türken, Juden, Roma, Bankiers, Muslime und so weiter.

- *Anti-Elitismus*: Solche Parteien teilen eine anti-intellektuelle Haltung – eine „Arroganz der Ignoranz“ –, die zumindest in Europa mit einer starken EU-Skepsis verbunden ist und sich in anderen Zusammenhängen oft auf internationale Organisationen und Verträge bezieht. Zudem sollte Demokratie im Wesentlichen auf das Mehrheitsprinzip innerhalb der Nation reduziert werden, das heißt auf die Herrschaft eines (willkürlich definierten) Volkes.
- *Autoritarismus oder hierarchische Führung*: Ein Erlöser/Retter wird erkoren und verehrt, abwechselnd in der Rolle des Robin Hood (den Wohlfahrtsstaat schützen, den Reichen wegnehmen, um den Armen zu geben) und des „strengen Vaters“, des Hüters paternalistischer Werte. Solche scheinbar charismatischen (und medien erfahrenen) Führer benötigen eine hierarchisch strukturierte Partei und autoritäre Strukturen, um Recht, Ordnung und Sicherheit zu garantieren.
- *Historische Mythologisierung*: Rechtspopulistische Parteien vertreten traditionelle, konservative Werte und bestehen auf der Bewahrung des Status quo oder versprechen eine Rückkehr zu guten alten Zeiten. Das Ziel, das Heimatland zu schützen, baut auf einer gemeinsamen Erzählung der Vergangenheit auf, in der „wir“ entweder als Helden oder als Opfer irgendeines Übels (also einer Verschwörung, der Feinde des Vaterlandes usw.) dargestellt werden. Dieser Revisionismus verwandelt vergangenes Leiden oder vergangene Niederlagen in Erfolgsgeschichten des Volkes oder in Geschichten von Betrug und Verrat durch andere. Im daraus resultierenden *Wohlfahrtschauvinismus* soll die soziale Fürsorge nur sogenannten „wahren“ Mitglieder der (ethnischen) Gemeinschaft gelten.

Liberalismus und Populismus

Die Auseinandersetzung mit dem Populismus ist ein zentrales Thema des aktuellen Liberalismus. Sie hängt davon ab, welche Variante des Liberalismus vertreten wird, welche Zuschreibungen für den Liberalismus und den Populismus in Differenz vorgenommen und welche Ursachen für das steile Anwachsen des Populismus im letzten Jahrzehnt verantwortlich gemacht werden. Diese heftig geführte Debatte betrifft Grundfragen des liberalen Denkens, wie die Stellung zur Individualität, zu personalen Rechten, zur Demokratie, zu einer republikanischen Verfassung, zu Behauptungen, es gäbe einen gesellschaftlichen Fortschritt oder zum Kapitalismus, insbesondere, ob eine Differenz zwischen einem politischen und einem ökonomischen Liberalismus gemacht wird und ob und wie ein Begriff von Neoliberalismus verfügbar ist, mit dem auch ein Zusammenhang mit dem Rechtspopulismus behauptet wird (als Zusammenfassung dieser Debatte vgl. Heitmeyer 2018, Müller 2019, Wodak 2021).

Populistische Richtungen sind im Regelfall gegen den Liberalismus gerichtet, wenngleich die Grenzziehungen fließend verlaufen. Infrage gestellt werden nach Müller (2019) sowohl Varianten eines „Selbstvervollkommnung liberalismus“ (das gute Leben ist ein autonomes Leben unter dem Leitstern maximaler Selbstentfaltung) als auch ein „Liberalismus der Rechte“ (der die Sicherung globaler Menschenrechte betont).

Als Gründe für das Anwachsen des Rechtspopulismus werden von liberaler Seite viele Faktoren genannt. Sie reichen von schlichten Zuweisungen an eine ungebildete Bevölkerung, die Behauptung eines unausweichlichen Trends durch „die Globalisierung“ bzw. einer unvermeidlichen Begleiterscheinung von „Modernisierungsprozessen“, als ungeplantes Auftreten durch den Sieg der Liberalismus (manifestiert durch die historisch hohe Zahl an Demokratien weltweit) – bis hin zu ausgefeilten Modellen

mit vielen Wirkungsfaktoren oder detailreichen historischen Studien, in denen das Wachstum populistischer Bewegungen in Phasenmodellen erklärt wird, z.B. der Einfluss von Krisen wie des Finanzsystems (ab 2008), des Wirtschaftssystems (ab 2009), der Staatsschulden (ab 2010) oder der hohen Zahl an Flüchtlingen (ab 2015).

Viele AutorInnen sprechen von einem „Druck“ auf den Liberalismus durch den Populismus, von einer Krise des Liberalismus oder von einer Krise von spezifischen Varianten des Liberalismus (wie eines individualistischen, eines identitären oder eines kosmopolitischen Liberalismus) sowie von einer Krise der repräsentativen Demokratie. Eine besondere Pointierung geschieht in Analysen im Zusammenhang mit der Geschichte des Kapitalismus, oft unter Verwendung des (mehrdeutigen) Begriffs Neoliberalismus. Hier werden transformative Prozesse der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft als Ursachen genannt. Beispiele sind die Thesen einer „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Jürgen Habermas), einer „Landnahme“ (Klaus Dörre), verbunden mit einer zunehmenden Beschleunigung (Hartmut Rosa), eines „autoritären Kapitalismus“ (Werner Heitmeyer), einer „Ökonomisierung des Politischen“ (Wendy Brown) bzw. „der Politik“ (Gary S. Schaal) oder des „unternehmerischen Selbst“ (Ulrich Bröckling) bzw. auch die Behauptung unterschiedlicher kapitalistischer Wirtschaftssysteme in einzelnen Ländern Europas, was zu unterschiedlichen Formen des Populismus geführt habe (Philip Manow), oder unterschiedlicher Kapitalismusmodelle in einem Land (z.B. für Frankreich: Bruno Amable und Stefano Palombini) – viele Ansätze nehmen auch auf die These einer Transformation der Politik zu einer „Postdemokratie“ (Colin Crouch) Bezug bzw. diskutieren, ob und wie neben der Anerkennung liberaler Rechte auch die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigt werden müssen (Martha Nussbaum) bzw. auch, ob und wie Kapitalismus mit Demokratie kompatibel sei (z.B. verneint von Stephan Lessenich).

Werden Menschen in einem Prozess einer Ökonomisierung der Gesellschaft zunehmend nach rein ökonomischen Kriterien bewertet und sanktioniert, dann fördere dies eine „rohe Bürgerlichkeit“ (Heitmeyer). Prozesse dieser Art erklären Kontrollverluste in der Politik (z.B. im Schlagwort „Es gibt keine Alternative“) und für einzelne im Sozialen und im Arbeitsleben. In Analysen dieser Art wird der ökonomische Liberalismus bzw. sein Erfolg in der Transformation gesellschaftlicher Bereiche für das Ansteigen des Rechtspopulismus verantwortlich gemacht bzw. explizit oder implizit eine Trennung von ökonomischem und politischem Liberalismus vorgenommen bzw. vorgeschlagen.

Der Volksbegriff

Der Begriff Volk hat viele Bedeutungen. Zu klären ist seine Verwendung im Populismus und die Differenz zu Formen des Liberalismus. Der traditionelle Kontraktualismus, dem die moderne Staatstheorie zugrunde liegt, verstand v.a. die Stände und die Fürsten als Vertragssubjekte. Volk erschien hier als eine Summe von ständisch gegliederten Kooperationen. Der moderne Kontraktualismus ab dem 17. Jahrhundert hingegen rekurriert auf Individuen, die grundsätzlich als isoliert und voneinander dissoziiert verstanden werden. Staatliches (und später gesellschaftliches) Handeln muss auf Eigenschaften und/oder Eigenrechte der Individuen zurückgeführt und legitimiert werden. Volk erscheint hier als Summe der Individuen bzw. ihrer Merkmale oder Rechte: bei Hobbes als rechtlose Gruppe gegenüber dem „Leviathan“ des Staates, bei Locke als dem eigentlichen Souverän, dem auch ein Widerstandsrecht gegenüber dem Herrscher zusteht, und bei Rousseau als kollektive Kategorie, die sich

durch seine Vergesellschaftung so konstituiert (bzw. konstituieren soll), dass die individuelle Selbstbestimmung im Staat erhalten bleibt.

Die Spannung zwischen einer konstitutiven Demokratieauffassung und einer Volkssouveränität, die repräsentativ gedacht wird, findet sich in vielen demokratischen Staaten. In den entsprechenden Verfassungen wird der Volksbegriff generisch verwendet. Wenn es in der österreichischen Verfassung im 2. Satz heißt: „Ihr Recht geht vom Volk aus“, dann wird das Recht der Republik angesprochen, welche ihre Legitimität zur Rechtssetzung durch das Volk als Summe aller StaatsbürgerInnen erhält. Freilich ist damit nicht die gesamte Bevölkerung in einem faktischen Sinn gemeint, weil hier wie in vielen anderen Ländern ein substantieller Teil der Bevölkerung vom Wahlrecht ausgeschlossen ist: Personen, die immigriert sind, auch jene, die schon viele Jahre im Land leben.

„Das Volk“ im Rechtspopulismus

Der populistische Volksbegriff vor allem im europäischen und im US-amerikanischen Rechtspopulismus muss prinzipiell von einem liberalen Volkskonzept unterschieden werden. Zentrale Aspekte des rechtspopulistischen Volksbegriff sind die Homogenisierung und die antagonistische Gegenüberstellung von „dem Volk“ (als „Wir“) gegenüber „den Anderen“. Werden Kognitionen auf Bilder zurückgeführt (wie z.B. in der Metapherntheorie von Lakoff und Johnson), dann liegt dieser Vorstellung ein imaginiertes Bild einer sozialen Landschaft zugrunde, die aus zwei weit voneinander getrennten Gruppen besteht: eine nahe Gruppe der „Wir“ und eine ferne der „Anderen“ (vgl. Ötsch/Horaczek 2017). Die erste Gruppe wird stereotyp als moralisch gut, wahrhaft und als Opfer vorgestellt, die zweite als moralisch schlecht, lügenhaft und als Täter. Personen, die keiner der beiden Gruppen zugeordnet werden, kommen in diesem Bild nicht vor. Sie werden im politischen Diskurs nicht adressiert, dieser verbleibt in einem einfachen Schwarz-Weiß-Schema. Die Gruppe der „Anderen“ besteht aus drei Subgruppen: „die da oben“ (die fiktive Elite), „die da draußen“ (das Ausland zur Gänze) sowie „die da unten“: das sind Obdachlose, Arbeitslose und Bettler oder „andere, die aus einem Nachbardorf kommen“ (Elias/Scotson 1994).

Das Volk als Einheitsbegriff gibt sich nach innen eine Ordnung oder eine Struktur, nach außen eine Grenze, die eine qualitative Differenz zu anderen „Volkskörpern“ beschreibt. Die pauschale Abwertung ganzer Personengruppen beschreibt Heitmeyer (2018) als „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Sozialpsychologisch kommt es zu einer „Depersonifizierung“ bzw. Dehumanisierung: „den anderen“ werden Aspekte eines genuinen Menschseins abgesprochen, was oft eine sich selbst verstärkende Eskalation bewirken kann (Ötsch/Horaczek 2017). Die grundlegende Gegenüberstellung „der Wir“ und „der anderen“ impliziert immer eine Verschwörung: die letzteren haben sich gegen „uns“ (das „wahre Volk“) verschworen – in der Regel gehen Verschwörungen dieser Art auf traditionelle antisemitische Muster zurück (vgl. „Anti-Sorosism“, Wodak 2021).

Während also liberal inspirierte Volksbegriffe innerhalb des Landes oder innerhalb einer Nation eine Inklusion versuchen, streben rechtspopulistische Vorstellungen vom Volk eine Exklusion an. Faktisch wird damit in einem solchen Volksbegriff die Mehrheit der Bevölkerung ausgeschlossen. Ihre politischen VertreterInnen gelten als illegitim, weil sie nicht im Einklang mit dem behaupteten „Volkswillen“ stehen. Alice Weidel von der AfD sprach 2017 von „Verfassungsfeinden, von denen wir regiert werden. Diese Schweine sind nichts anderes als die Marionetten der Siegermächte des 2. Weltkriegs und haben die

Aufgabe, das deutsche Volk klein zu halten, indem molekulare Bürgerkriege in den Ballungszentren durch Überfremdung induziert werden (Welt am Sonntag, 10.9.2017, 6; zit. nach Heitmeyer 2018, 266). Ein extremes historisches Beispiel eines exklusiven Volksbegriffs stellt die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ dar, sie basiert auf nativistischen, rassistischen und antisemitischen Kriterien. Das „Gemeinschaftsfremde“, das „Fremdvölkische“ und das „Entartete“ und ihre „Anderen“, die „Untermenschen“, gelten als „Volksfeinde“ und „Volksschädlinge“. Sie werden dann in der Öffentlichkeit als solche gekennzeichnet, ausgeschlossen, deportiert und schließlich industriell vernichtet.

Die diskursive Konstruktion eines homogenen Volkes

In einer phänomenologischen Deutung existiert „das Volk“ nicht per se, sondern muss (in Analogie zum Nationenbegriff) als imaginiert hergestellt und immer wieder reproduziert werden. Die Mittel dazu sind Sprache, Bilder und Aktionen. Oft beobachtete Strategien sprachlicher Exklusion sind die Konstruktion von Sündenböcken, Opfer-Täter-Umkehr, Verharmlosung und Leugnung wie auch das Lancieren von (einander im Einzelfall durchaus widersprechender) Verschwörungstheorien.

Gefordert und umgesetzt wird die Beschränkung von Einwanderung und die Rechtfertigung entsprechender Restriktionen, die oft demokratischen Traditionen und Werten vieler Nationalstaaten widersprechen. Exklusionsmittel variieren je nach Genre und Öffentlichkeit: Je anonym, desto expliziter wird die ausgrenzende Rhetorik. Je formeller die Situation, desto eher werden solche Vorurteile und Stereotype in eine positive Selbstdarstellung eingebettet, mit impliziten Elementen und Klauseln (Präsuppositionen [Vorausannahmen], Anspielungen, Folgerungen, usw.) und von *Disclaimers* eingeleitet (vgl. Wodak 2021). Verbreitete Exklusionsstrategien sind die diskursive Konstruktion von Ängsten anhand von Bedrohungsszenarien, die Erfindung von Sündenböcken für Missstände jeder Art und ein hoher Grad an Personalisierung: Die Führungsperson steht für die Bewegung bzw. Partei. Sie muss auch aktuell und aktionistisch die jeweiligen „Anderen“, die ja willkürlich zu „anderen“ gemacht werden, medial als solche benennen.

Insgesamt setzen alle rechtspopulistischen Parteien auf nativistische Wir-Sie-Differenzierungen, je nach sozio-politischem und historischem Kontext auf anti-muslimische, antisemitische, anti-ziganistische und homophobe Tabubrüche, kontinuierliche Skandalisierungen und Provokationen (vgl. das „rechtspopulistische Perpetuum mobile“ Wodak 2021) sowie kalkulierte Ambivalenz (Engel/Wodak 2013; zu vielen anderen Möglichkeiten vgl. Ötsch/Horaczek 2017). Soziale Vergleichsprozesse dieser Art fördern eine Radikalisierung. Heitmeyer (2018) nennt drei Wirkungen: Die Auffüllung offener Themenräume (z.B. basierend auf falschen Belegen zu politischen Aussagen von „Feinden“), die Verschiebung des Sagbaren (die zu einer Normalisierung von ehemals tabuisierten Begriffen führen) sowie der Schaffung einer neuen diskursiven Normalität, vor allem auch mit Hilfe von intellektuellen Eliten, die nicht direkt zum Umfeld rechtspopulistischer Bewegungen gehören (vgl. auch Link 2018). Dies kann weit in konservative Kreise hineinwirken und einen „autoritären Nationalradikalismus“ zur Folge haben. Die dabei auftretenden Eskalationsprozesse beschreibt Heitmeyer über vier Stufen: Provokationsgewinne in den Medien, Raumgewinne auf öffentlichen Plätzen, Räumungsgewinne (wie Brandanschläge gegen Unterkünfte für Flüchtlinge) und Normalisierungsgewinne, bei denen die demokratische Kultur auf der Kippe steht (vgl. die Graphik in: de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Heitmeyer).

Die Diskussion der Wirkung (die illokutive und perlokutive Kraft) und Bedeutung von Exklusionsmitteln muss den Kontext jeder Äußerung einbeziehen bzw. Form und Inhalt von Äußerungen (geschrieben, mündlich oder visuell) gleichzeitig analysieren. Diskurse sind sowohl thematisch (durch Bezug auf ein Makrothema), multiperspektivisch (d.h. dialogisch-argumentativ) wie auch von der Textsorte, dem Genre, stark bestimmt und werden in einzelnen Texten realisiert. Jeder Text bezieht sich immer auf andere Texte, diachron und synchron gesehen. Aus der Fülle der hier möglichen linguistischen Kategorien kann hier nur ein einziges Element angeführt werden: bestimmte Argumentationsmuster (*Topos*, *Topoi*). Diese dienen vor allem dazu, die jeweilige (positive oder negative) Charakterisierung von spezifischen Personen bzw. Gruppen von Personen zu rechtfertigen und zu legitimieren. *Topoi* bezeichnen inhaltsbezogene Schlussfolgerungsregeln, die ein oder mehrere Argumente mit der Schlussfolgerung verknüpfen. Bei der Analyse von rechtspopulistischer Rhetorik kommen vor allem zur Geltung (Tabelle 1; adaptiert von Wodak 2021):

Topos	Beschreibung
Topos des Volkes	Wenn das Volk eine Handlung will/nicht will, dann soll diese Handlung erfolgen/nicht erfolgen.
Topos von Recht und Ordnung	Wenn ich/wir die Macht haben, dann garantiere/n ich/wir für Recht und Ordnung
Kulturtopos	Weil die Kultur einer bestimmten Gruppe von Leuten ist, wie sie ist, entstehen spezifische Probleme in spezifischen Situationen.
Belastungstopos	Wenn eine Person, eine Institution oder ein ›Land‹ durch spezifische Probleme belastet wird, dann sollten Maßnahmen ergriffen werden, um diese Belastung zu verringern.
Topos der Gefahr – Bedrohungstopos	Wenn eine Gefahr besteht oder naht, dann muss man sich wehren und ihre Ursachen bekämpfen.
Topos des Retters	Wenn ein ›Volk‹, ein ›Land‹ oder eine Institution in Not ist, dann wird eine bestimmte Person auftauchen und dieses ›Volk‹, ›Land‹ oder diese Institution retten.
Topos der demokratischen Mitbestimmung	Wenn ich/wir die Macht haben, dann wird das Volk demokratisch mitbestimmen.
Nutzen-Topos	Wenn eine bestimmte Handlung aus einer spezifischen Sicht als nützlich erscheint, dann sollte sie durchgeführt werden.
Geschichts-Topos	Wenn eine Handlung in der Vergangenheit einer Person oder einem ›Land‹ gedient/geschadet hat, dann wird es sich in der Gegenwart oder Zukunft ähnlich verhalten.

Tabelle 1: Wichtige Topoi im rechtspopulistischen Diskurs

Literatur:

- Biskamp, Floris: Six theories and six strategies concerning right-wing populism. In: Bevelander, Pieter/Wodak, Ruth (Hg.): Europe at the Crossroads. Confronting Populist, Nationalist, and Global Challenges. Lund 2019, 93–112.
- Burgoon, Brian/van Noort, Sam/Rooduijn, Matthijs/Underhill, Goffrey: Positional deprivation and support for radical right and radical left parties, *Economic Policy*, 34/97 (2019), 49–93.
- Elias, Norbert/Scotson, John L.: *The Establishment and the Outsiders*. London 1994 [1965].
- Engel, Jakob/Wodak, Ruth: ‘Calculated ambivalence’ and Holocaust denial in Austria. In: Wodak, Ruth/Richardson, John E. (Hg.): *Analysing Fascist Discourse: European Fascism in Talk and Text*. London 2013, 73–96.
- Heitmeyer, Wilhelm: *Autoritäre Versuchungen*, Berlin, 3. Aufl. 2018.
- Katsambekis, Gorgios/Kioupkiolis, Alexandros (Hg.): *The Populist Radical Left in Europe*. London 2019.
- Laclau, Ernesto, *On Populist Reason*. London 2005.
- Link, Jürgen: *Normalismus und Antagonismus in der Postmoderne*. Göttingen 2018.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Christóbal Rovira: *Populism. A Very Short Introduction*. New York 2017.
- Müller, Jan-Werner: *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin 2016.
- Müller, Jan-Werner: *Furcht und Freiheit. Für einen anderen Liberalismus*, Berlin 2019.
- Ötsch, Walter O./Horaczek, Nina: *Populismus für Anfänger. Anleitung zur Volksverführung*, Frankfurt/Main 2017.
- Rydgren, Jens: Radical right-wing parties in Europe. What's populism got to do with it?. In: *Journal of Language and Politics (JLP)* 16/4 (2017), 485-496.
- Wodak, Ruth: Vom Rand in die Mitte – ‘Schamlose Normalisierung’. In: *Politische Vierteljahresschrift* 59/2, (2018), 323–335 (doi: 10.1007/s11615-018-0079-7).
- Wodak, Ruth: *The Politics of Fear. The shameless normalization of far-right discourses*. Los Angeles u.a. 2021 (deutsche Übersetzung 2020: *Politik mit der Angst. Die schamlose Normalisierung rechtspopulistischen Diskurses*. Berlin: Konturen)

Ruth Wodak und Walter O. Ötsch